

Hans-Christof Kraus (Hrsg.), Das Thema „Preußen“ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik vor und nach 1945 (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge. Beihefte, Bd. 12), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2013, 471 S., brosch., 98,90 €.

Was könnte man als die in toto zentrale Aufgabe von Historikerinnen und Historikern definieren, die sich mit deutscher Geschichte von etwa 1700 bis 1945 befassen? Dies heute ähnlich zu beantworten wie vor 1945 wäre jedenfalls nicht vollständig abwegig, selbst wenn sich die Fragestellungen und Perspektiven radikal geändert haben. Auskunft über die großen Linien deutscher Geschichte erhält man nämlich nur unter Einschluss der Analyse des Aufstiegs, der Bedeutung sowie der geschichtlichen Besonderheiten des preußischen beziehungsweise preußisch-deutschen Staats. Der Verlauf der deutschen Geschichte nach 1918 lässt sich nicht verstehen, wenn man die tieferen Ursachen des Zerfalls der preußischen beziehungsweise preußisch-deutschen Monarchie nicht aufhellt, deren Traditionen und Besonderheiten nicht erklärt und die Institutionen, Strukturen sowie das Handeln von Personen nicht analysiert. Preußen, so könnte mit Blick auf die deutsche Geschichte in Abwandlung einer gängigen Spruchweisheit formuliert werden, war nicht alles, aber ohne Preußen wäre alles ganz anders gewesen.

Diejenigen, die solche Zuspitzungen ablehnen, sollten die Augen nicht davor verschließen, dass die deutschen Historiker von etwa 1850, spätestens seit 1870/71, bis 1945 derartigen Formulierungen in überwältigender Mehrheit zugestimmt hätten. Zur Verifizierung ist die Suche nach Bekenntniszitaten nicht vonnöten. Es reicht aus, deren Veröffentlichungslisten durchzusehen. Der Rezensent unterstellt nicht, dass in jener Zeit der Forschung der geschichtliche Reichtum einer in föderativen, also auch in süd-, südwestdeutschen und österreichisch-habsburgischen Traditionen verankerten deutschen Nation nicht bekannt gewesen sei. Er behauptet gleichfalls nicht, dass alle damaligen Historiker die Legende von Preußens ‚deutschem Beruf‘ fortgeschrieben hätten. Er möchte jedoch prononcieren, wie tief der Absturz der zuvor übermächtig dominierenden ‚Preußen-Historie‘ nach 1945 tatsächlich ausgefallen ist. Wer sich fortan mit preußischer Geschichte befasste, ging ein Risiko ein. Zahlreiche Aspekte dieser Geschichte galten fortan als „kontaminiert“. Der Herausgeber Hans-Christof Kraus wählt diesen Begriff gewiss deshalb, weil Vorsichtsvorbehalte oder gar Ekelabstand kaum treffender zum Ausdruck gebracht werden können.

Tatsächlich hatte das NS-Terrorregime preußische Kerntraditionen und Handlungsweisen von herausgehobenen Persönlichkeiten sich so anverwandelt, dass Nationalsozialismus und Preußentum – freilich nur bei flacher Betrachtung – wie amalgamiert erschienen. Dies wirkte sich geschichtspolitisch seit 1945 denkbar nachhaltig aus. Diejenigen, die sich halbwegs affirmativ mit Preußen, Preußentum und preußischer Geschichte auseinandersetzen wollten, mussten – sofern im Titel der Arbeiten nicht explizit Reform, Revolution, Aufklärung etc. thematisiert wurden – seitens des Wissenschaftsbetriebs und der Öffentlichkeit mit Schwierigkeiten, ja mit Ausgrenzung rechnen. Die Enge der babylonischen Gefangenschaft eines ganzen Themas und die – zumindest vorläufige – Unmöglichkeit eines Ausbrechens aus diesem Taburaum besaßen für die deutsche Geschichtswissenschaft nachgerade beschämende Folgen: Mehrere Jahrzehnte wagte es kein deutscher Universitätshistoriker, eine Biografie über denjenigen Mann zu schreiben, der durch den Tag von Potsdam inszenatorisch die preußischen Traditionen mit dem Schicksal des Verbrecherstaats verband. Wer also, um beim Begriff zu bleiben, sich im Kern mit dem Kontaminierten zu befassen begann, musste fürchten, sich von den neu entwickelnden Zentren des Wissenschaftsdiskurses im Westen und aus der Öffentlichkeit heraus zu einer abgestraften Historikerexistenz zu entwickeln. Diese Entwicklung habe zu einer „spezifisch westdeutschen Selbstgenügsamkeit“ (Hans-Christof Kraus) geführt. Und erst 1989 sei nach einigen behutsamen Tastversuchen die Zeit reif gewesen für den gleichermaßen zutreffenden wie aggressiv-polemischen Hinweis, deutsche Geschichte sei mehr als „rhein-donauländische Heimatkunde“ (Hartmut Boockmann).

Hier ist kein Raum, um über die Konsequenzen der Maueröffnung, der seither optimierten Aktenzugänglichkeit, über institutionelle Veränderungen oder über die Wirkung von Christopher Clarks Preu-

Ben-Bestseller zu rasonieren. Unterdessen gibt es sogar eine Stiftungsprofessur an der Berliner Humboldt-Universität, am dortigen Institut für Geschichtswissenschaften lehrt Wolfgang Neugebauer „Preußische Geschichte“. Die babylonische Gefangenschaft des Themas ist zu Ende. 25 Jahre nach der Maueröffnung und rund 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erschien 2013 der zweite Band über „Das Thema ‚Preußen‘ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik“. Während der erste einen Überblick über das 19. und 20. Jahrhundert vermittelt hatte¹, konzentriert sich der zweite auf die Zeit „vor und nach 1945“. Die Bände sind aus 2004 beziehungsweise 2010 durchgeführten Tagungen hervorgegangen und verfolgen das gemeinsame Anliegen einer „bilanzierende[n] Standortbestimmung preußenthematischer Geschichtswissenschaft“.² Weil der zweite Band sich auf wenige, freilich schwierige Jahrzehnte beschränkt, sieht der Herausgeber die Notwendigkeit einer besonders kritischen Auseinandersetzung mit dem diesbezüglichen Erbe der auf Preußen bezogenen Geschichtswissenschaft und Historiker (S. 7). Die Begründung hierfür liegt auf der Hand: Im Gefolge der Zäsuren von 1918, 1933, 1945 und 1989 veränderten sich die Interessen und Schwerpunkte. Institutioneller und universitärer Wandel forcierten die Anpassung in politisch-ideologischer Hinsicht.

Der Band ist in drei Themengruppen unterteilt. Der erste Block befasst sich mit „Deutungen und Kontroversen zum Preußenbild in der Zwischenkriegszeit“. Winfried Baumgart stellt die Aktenedition „Die auswärtige Politik Preußens“ vor, die zwischen 1932 und 1945 erschien. Sie wurde herausgegeben von der 1928 gegründeten, 1935 auf Druck der Nationalsozialisten sich selbst auflösenden „Historischen Reichskommission“, anschließend vom „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“. Durch die Zäsur 1945 blieb die Edition unvollendet. Selbst wenn, worauf Baumgart hinweist, die Interventionen des Reichsinstituts-Präsidenten Walter Frank sich bei der formal-inhaltlichen Fortentwicklung des Vorhabens nicht kontraproduktiv ausgewirkt hätten und der Edition ein exzellentes Zeugnis auszustellen sei, zeigten sich die Folgen des Einschnitts von 1933. Kommissionsvorsitzender Hermann Oncken wurde damals von Frank öffentlich und fachöffentlich gemaßregelt, jüdische Mitarbeiter wie Gustav Mayer, Hans Rosenberg und Veit Valentin vertrieb der ‚Arierparaph‘ ins Ausland.

In dem seitenstarken Beitrag über „Preußische Geschichtswissenschaft während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus im Spiegel der ‚Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte‘“ betont Klaus Neitmann die überragende Rolle dieser Zeitschrift für diejenigen, die sich beruflich motiviert oder interessehalber mit der Geschichte Preußens befassten. Fraglos sei der Zeitraum zwischen 1888 und 1918 in professionell-finanzieller Hinsicht als ‚goldenes Zeitalter‘ zu betrachten, während er für die Jahrzehnte bis 1944 ein breites Spektrum fachlicher Positionen in der Zeitschrift offenzulegen vermag. Im Gegensatz zur HZ hielten die Forschungen einen „sehr deutlichen Abstand zu den nationalsozialistischen oder NS-nahen Richtungen“ der Zunft. Man müsse schon „lange in den Jahrgängen der FBPG nach 1933 blättern, bis man auf antisemitische Äußerungen“ treffe, obschon es an „politischen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus“ nicht gefehlt habe (S. 93f.).

Die Ausführungen Marc von Knorrings über Erich Marcks machen deutlich, wie sehr dieser im Kaiserreich verwurzelte, prominente, ja populäre Historiker, der 1938 verstarb, trotz eines in seinem Gesamtwerk erkennbaren differenzierten Geschichtsbilds sich nach 1933 von den Nationalsozialisten vereinnahmen ließ. Deutlich wurde dies nicht zuletzt an dessen Spätwerk „Der Aufstieg des Reiches“, das 1936 erschien.

Wolfram Pytas Beitrag „Walter Elze und Preußen – Preußische Geschichte aus dem Geiste des George-Kreises“ setzt sich mit einem Preußen-Historiker auseinander, der als atypisch zu charakterisieren ist. Suchten andere häufig nach Erklärungen für den Aufstieg zur Großmacht und beschrieben Preußen als Sonderphänomen unter den Staaten Europas, spielte dies für Elze kaum eine Rolle. Und dennoch entwickelte sich seine Karriere: Er wurde zwischen 1933 und 1945 Ordinarius an der Berliner Universität, konnte sich nach seiner geschichtspolitisch geschickten Tannenberg-Habilitation als Direktor der einzigen kriegsgeschichtlichen Abteilung an einem Historischen Seminar in Deutschland etablieren. Zunächst jedoch hatte er sich wegen seiner damals bekannten Prägung durch georgeanisches Denken Widrigkeiten ausgesetzt gesehen. Während der Weimarer Zeit half ihm nur Taktieren. – Elzes sich bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs erstreckender Tätigkeitsschwerpunkt der Kriegs- und Schlachtenge-

¹ Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Das Thema „Preußen“ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 2006.

² Wolfgang Neugebauer, Vorwort, in: ebd., S. 5–6, hier: S. 6.

schichte bot ihm diverse Möglichkeiten, durch phantasiebegabte Schöpferkraft und kulturgeschichtliche Fragestellungen den sich in uninspirierter operationsgeschichtlicher Detailversessenheit erschöpfenden Generalstabsstudien eigene Arbeiten von künstlerisch-literarischem Rang entgegenzusetzen, bei denen kaum Forschungen aus den Quellen, sondern Konstruktionen unter Nutzung des „Tat“-Begriffs seine Hermeneutik dominierten. In den biografischen Arbeiten verwandte er den Begriff in georgeanischer Semantik – wie denn alle George-„Jünger“ durch die „Tat dem Wort eine performative Beglaubigung im Vollzug verleihen“ wollten (S. 128). Elze bediente sich in seiner Friedrich-Biografie ästhetischer Kategorien. Der „Genie“-Begriff und der des „Dämonischen“ aus der Goethezeit fanden Eingang in die Darstellung. Nicht die quellengestützte Hypothese, sondern die Aufspürung von überzeitlichen, sich in „Personen verdichtenden kulturellen Gestaltungskräften in der Geschichte“ hatte er im Blick. Da er in Berlin lehrte, wandte er sich Preußen zu. – Obgleich Pyta einen inspirierenden Zugang zu diesem georgeanischen Preußen gewährt, hätte man sich doch einige Hinweise auf die Ursachen von Elzes Absetzung in Berlin 1945 gewünscht.

Über die Funktion der Ostforschung, das NS-Regime beratend zu unterstützen, sowie über deren methodische Kontinuitäten bis hin zur modernen Sozialgeschichte in der frühen BRD, mehr noch über die personellen Kontinuitäten, die am prominentesten in den Biografien von Theodor Schieder und Werner Conze nachweisbar sind, ist seit dem 42. Historikertag (1998) viel veröffentlicht und gestritten worden. Die quellennahe Untersuchung zum „Kampf um die ‚richtige‘ Nachkriegsforschung. Albert Brackmanns Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte im Konflikt mit Erich Otto Volkmanns militärgeschichtlicher Nachkriegsforschung“ von Sven Kriese bietet einen Einblick in die institutionelle und ideologische Vorgesichte. Zudem findet sich ein Anhang, der die Mitarbeiter der Zentralstelle und deren Themen auflistet.

Durch die Zerstörung des Heeresarchivs Potsdam 1945 wurde der größte Teil der zentralen brandenburgisch-preußischen Überlieferung zur Militärgeschichte vernichtet. Wie es bei einer breit aufgefächerten Ausgangslage und nach Kassationen über Zwischenstationen in den 1930er-Jahren zu dieser für die ‚Preußenforschung‘ fatalen Aktenkonzentration kam, schildert Jürgen Kloosterhuis im Beitrag „Archivische Sprengelkompetenz versus militärhistorische Deutungshoheit. (Militär-)Politische Implikationen in der Entwicklung des preußisch-deutschen Heeresarchivwesens“. Diese archivgeschichtliche Dokumentation beantwortet, welche Bestände für immer verloren sind. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es daher unmöglich, zu zentralen Fragestellungen neue Forschungsergebnisse vorzulegen.

Der zweite Teil des Bands widmet sich Neuansätzen und Wissenschaftlern nach 1945. Für Horst Möller, dessen Name gleichsam zum Synonym für Aufklärungsforschung wurde, war es im westlichen Nachkriegsdeutschland ‚ungefährlich‘, sich mit der nicht kontaminierten „Aufklärung in Preußen“ zu befassen. Rückblickend auf die eigene Lebensleistung referiert er „[z]ur Geschichte ihrer Erforschung nach 1945“.

Dem Beitrag „Epilog und Requiem. Siegfried A. Kaehlers Projekt einer neuen ‚Preußischen Geschichte‘ nach dem Ende Preußens“ kommt innerhalb des Bands eine Sonderstellung zu. Verfasser und Herausgeber Hans-Christof Kraus legt dar, weshalb der bei Meinecke über Wilhelm von Humboldt promovierte, seit 1936 als Brandi-Nachfolger in Göttingen lehrende Kaehler aus biografisch-akademischen Gründen zunächst prädestiniert schien, nach 1945 an die Spitze derjenigen zu treten, die über fatale Fehlentwicklungen nachzudenken bereit waren, aber die Unterstellung ‚Preußen ist an allem schuld‘ zurückweisen wollten. 1953 trat er hierzu mit Überlegungen an eine akademische Öffentlichkeit, entwickelte jedoch dann nur eine knappe Skizze zur „Fragwürdigkeit Preußens im 19. Jahrhundert“ und trug 1958 bei einem Kolloquium des Göttinger Max-Planck-Instituts seine Vorstellungen, freilich nur auf der Basis von Notizen, als Programm künftiger Handlungsschritte vor. Vereinzelt reagierten die Teilnehmer an der exzellent besetzten Zusammenkunft auf den Vortrag des gesundheitlich labilen Kaehler freundlich. Zusammenfassend wird man aber urteilen müssen, dass die überwältigende Mehrheit die als unvollständig und unzeitgemäß betrachteten Ausführungen kritisch zerlegte. Obschon das Gremium ein Arbeitsprogramm beschloss, wurde nichts von diesem umgesetzt. Zugespitzt: Kaehler war nicht in der Lage, eine akademisch-gesellschaftliche Bewegung mit dem Ziel anzuführen, einen kritisch-affirmativen Umgang mit der Geschichte Preußens in der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Schärfer noch Kroll, der von Kaehler als „einem deutlich zweitklassigen Schüler [...] Meineckes mit hypochondrischen Neigungen und einem erschreckend kleinräumigen Œuvre“ spricht (S. 438).

Bärbel Holtz präsentiert in dem Beitrag „Forschungen in der DDR zu den preußischen Reformen und Befreiungskriegen. Eine Spurensuche bis in die 1960er-Jahre“ neben einer historiografiegeschichtlichen

Darstellung der Forschungsbedingungen und -themen in Ost-Berlin und Halle die Geschichte der Nicht-Rezeption der durch sie erstmals ausgiebig gewürdigten Dissertation von Dietrich Pietschmann zum Finanzministerium unter Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein und Karl August von Hardenberg aus dem Jahr 1959. Der Ideengeber, Hans Hausscherr, wechselte damals von Halle, wo er sich politisch motivierten Einschränkungen ausgesetzt sah, nach Köln. 1960 verstarb er. Archivar und Historiker Heinrich Otto Meisner, der an der Ost-Berliner Humboldt-Universität lehrte, hatte als Erstgutachter die Note „sehr gut“ vergeben, fühlte sich Pietschmann aber persönlich nicht verpflichtet. Holtz gelingt mit Blick auf die Befreiungskriege ein vergleichbarer Fund. Doch, so resümiert sie, seien bis 1989 ungeachtet der in Merseburg gut zugänglichen Quellen kaum archivgestützte Forschungen hinzugetreten.

„Preußen in der deutschen Rechtsgeschichte nach 1945“ thematisiert Andreas Thier, der feststellt, dass ungeachtet der förmlichen Auflösung des preußischen Staats 1947 Gesetze fortwirkten und richterlichen Entscheidungen zugrunde lagen. Der Züricher Rechtshistoriker vermittelt einen auf Preußen bezogenen Überblick über die Geschichte seiner Disziplin, in der das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794 und die fortwirkende Debatte über den preußischen Verfassungskonflikt eine besondere Rolle spielten. Die Zäsur von 1945 mit der sich anschließenden Favorisierung naturrechtlicher Traditionen, dann die Historisierung des Rechts und schließlich die vergleichende rechtsgeschichtliche Forschung im europäisch-globalen Kontext markieren einen Wandel – ein Veränderungsprozess, durch den die besondere Bedeutung preußischer Rechtstraditionen unterdessen relativiert wurde.

Erik Lehnert erinnert in „Mit Preußen gegen den Zeitgeist – Hans-Joachim Schoeps und sein Beitrag zur Preußenforschung nach 1945“ an den jüdischen Erlanger Historiker, der nach dem Krieg vor allem mit seinem Buch „Das andere Preußen“ (1952) öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog und 14 Jahre später mit „Preußen. Geschichte eines Staates“ einen Bestseller nachlegte. Der wissenschaftliche Ertrag der drei Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik vorgelegten Arbeit war erheblich. Nachvollziehbar wird die Außenseiterstellung von Schoeps bereits unter damaligen Historikerinnen und Historikern dann, wenn man seine Konzentration auf die hochkonservativen Anti-Bismarckianer bis 1866, auf das Preußen vor der damals nur revolutionär-aggressiv-nationalistisch zu einenden Nation quasi als Rezeptur verstehen wollte, mit deren Hilfe die Bundesrepublik unter ultrakonservativen Vorzeichen neu zu ordnen sei. Hierzu allerdings lieferte Schoeps wiederholt die Argumente.

Bekanntlich ein unbestrittener Gipfelpunkt bundesrepublikanischer ‚Preußenhistorie‘ ist Reinhart Kosellecks 1967 erschienene Habilitationsschrift „Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848“. Dieses Werk – verbindliche Pflichtlektüre gleich mehrerer Generationen von Historikerinnen und Historikern, die zur Geschichte des langen 19. Jahrhunderts forschen – steht im Mittelpunkt der Untersuchung Marian Nebelins. Er legt dar, dass die Koselleck-Rezeption sich vornehmlich auf die begriffshistorischen beziehungsweise geschichtstheoretischen Arbeiten beschränkt habe, jedoch ein systematisierender Zugriff auf dessen „Preußenbild“ bisher allenfalls marginal versucht worden sei. Nebelins luzider Beitrag, der Kosellecks Biografie und Gesamtwerk einbezieht, die Genese seiner Begrifflichkeit und die Prämissen seiner Methode erläutert, schließt insofern überzeugend eine bemerkenswerte Lücke.

Der dritte Teil bietet Rückblicke auf akademische Lehrer. Peter Baumgarts Beitrag über „Carl Hinrichs und die preußische Geschichte“ zeigt, wie stark die Vita des 1900 in Emden geborenen, 1962 verstorbenen Historikers von den Verwerfungen seiner Zeit bestimmt worden war. Nach 1945, nun einerseits geprägt durch eine kleine Gruppe von Preußen-Apologeten, andererseits von der „politisch gewollten revisionistischen Preußenhistorie [...] westeuropäisch-nordamerikanischer oder aber marxistischer Provenienz“, repräsentierte er, so Baumgart, quasi den „Brückenschlag“ zwischen den großen Traditionen wissenschaftlicher, allerdings durch den NS-Staat „hoffnungslos diskreditiert[er]“ Forschung und einem „überwiegend kritischen Neuansatz“ (S. 388). Über seine Dissertation (1925) hatte Hinrichs Zugang zum Thema gefunden. 1926 gelang es Hintze, dessen Interesse auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 18. Jahrhundert zu lenken. Unterdessen im Archivdienst entstand mit dem Acta Borussia-Band zur Wollindustrie unter Friedrich Wilhelm I. (1933) ein Meisterwerk, von der Biografie, die den Monarchen würdigen sollte, erschien nur der erste Band (1941). Hinrichs strebte, von Fritz Hartung habilitiert, nach einer Professur. 1944 erhielt er einen Ruf nach Halle. Dort erschien es ihm nach 1945 opportun, den Forschungsschwerpunkt zu wechseln. Nun gab er Predigten des Luther-Antipoden Müntzer heraus. Der Einleitungstext fand jedoch nicht das Placet der SED. Er erschien in Westberlin, wohin Hinrichs floh, weil er in Halle nicht mehr ‚existieren‘ zu können glaubte. 1951 nahm

er einen Lehrauftrag an der FU wahr, erhielt in der Nachfolge Meineckes den Lehrstuhl für Neuere Geschichte. Fortan beschäftigte er sich mit Ranke und dem Halleschen Pietismus. Im Westen gelangte er zu höchsten Würden. – Ärgerlich für Hinrichs' letzten Assistenten: Baumgart sah sich genötigt, dem Beitrag eine Nachbemerkung anzufügen, mit der er auf einen Aufsatz von Neugebauer reagierte. Nun müsse er doch den „Grad an Opportunismus und zeitgemäßer Anpassung“ von Hinrichs „bei der Förderung seiner Karriere während der 1930er- und 1940er-Jahre erheblich höher [...] veranschlagen“ (S. 402). Nota bene: Bei jedem Rückblick sind Personalakten, sofern verfügbar, hilfreich – insbesondere mit Bezug auf die fragliche Zeit.

Ludwig Biewers stark persönlich eingefärbte Erinnerungen an „Eberhard Kessel und sein Beitrag zur Erforschung der preußischen Geschichte“ exemplifizieren, dass bei einem nicht von Taktik geleiteten Umgang mit ‚Preußen‘ die Gefahr der ‚Kontamination‘, das Risiko eigener wissenschaftlicher Ausgrenzung bestand. Der von Meinecke geprägte, bei Elze habilitierte hundertprozentige „Gesinnungspreuße“ (S. 406), Militärgeschichtler und NS-Gegner machte aufgrund seiner Befähigung und der vorgelegten Werke zwar Karriere, aber bereits in Marburg sah sich Kessel, noch ohne Lehrstuhl, schmähenden Verdächtigungen anderer politischer Lager ausgesetzt. In Mainz, dort seit 1962 ordentlicher Professor, scheint er sich – dies legt Biewer nahe – wegen seiner preußenthematischen Schwerpunkte, seines disziplinierenden Lehrstils, verstärkt durch seine der Lehre abträglichen rhetorischen Defizite, im ‚katholischen Ausland‘ des Rheinlands quasi als Paria-‚Preuße‘ gefühlt zu haben, den man, zumindest teilweise, mied.

Tief geprägt wurde Walter Bußmann, wie Günther Grünthal betont, von Siegfried A. Kaehler, der auch dessen Dissertation über „Weltanschauliche Maßstäbe des Liberalismus“ (1939) betreute. Bußmann erschien uniformiert zum Rigorosum, führte während des Feldzugs in Russland das Kriegstagebuch und gehörte dort mit Blick auf die Liquidierung der jüdischen Bevölkerung zu den „bestinformierten Offizieren des Heeres“ (Manfred Messerschmidt). Jahrelang dürfte er sich deshalb in einem tiefen inneren Dissens befunden haben. Mit Kaehler, dem „hochgebildeten, feinsinnigen, in der Tradition protestantischer Theologenfamilien, im Historismus und der deutschen Philosophie des 19. Jahrhunderts wurzelnden Gelehrten“, verband ihn nämlich nicht nur „persönliche Vertrautheit“, sondern ein Wertekonsens. Kaehler hatte vor dem Krieg in seinen Bismarck-Vorlesungen das „Maß und Ziel einer sich selbst Grenzen setzenden verantwortungsvollen Politik“ veranschaulicht (S. 420 f.). Vor diesem Hintergrund begründet Grünthal überzeugend, weshalb sich Bußmann intensiv mit Fragen zur Geschichte des Liberalismus, zur Bismarckzeit, mit den Biografien Treitschkes und Meineckes beschäftigte. Und gewiss auf der Linie Kaehlers war auch Bußmanns Spätwerk „Zwischen Preußen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV.“ und, deutlich früher, die Herausarbeitung von Motiven des Widerstands gegen Hitler. Wie konnte sich nur aus Preußen-Deutschland zwischen der Goethe- und Bismarckzeit, so fragten Kaehler und dessen „zugebornerer Sohn“ (S. 420), das Deutschland der 1930er- und 1940er-Jahre entwickeln?

Frank-Lothar Krolls Beitrag über „Walther Hubatsch und die preußische Geschichte“ ist die Vorstudie einer mit Spannung zu erwartenden wissenschaftlichen Monografie. Nach Kroll, der bei Hubatsch in Bonn studierte, gewinnt „das auf den ersten Blick fast unübersehbare, ja verwirrend vielfältige Lebenswerk [...] seine einigende Mitte von Preußen her und auf Preußen hin“ (S. 436). Hubatsch habe zu den „prägenden Gestalten der Preußen-Historiografie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ gehört (S. 456). Beide Thesen belegt Kroll, indem die Arbeiten des Kaehler-Schülers zur Landes- und Kirchengeschichte Ostpreußens, zudem die teilweise modern anmutenden Werke des hochproduktiven Verwaltungshistorikers, nicht zuletzt sowohl monografische als auch editorische Werke, die einen Bogen vom Deutschordensland über Friedrich II., dann vor allem über den Freiherrn vom Stein bzw. die Reformära bis zu Hindenburg ausziehen, auf den Bezugspunkt Preußen hin geordnet werden. Die Veröffentlichungen zur Geschichte des Ostseeraums gewinnen überdies, so Kroll, als transnational-europäisch ausgerichtete Preußen-Historiografie heute an Modernität. Kroll rückt Hubatsch in die Nähe des ultrakonservativen Schoeps (S. 436 f.). Zu wünschen wäre, man erführe hierzu mehr aus der angekündigten Hubatsch-Monografie.

Herausgeber Kraus und die Autoren haben Bedeutendes geleistet. Der Band gewährt einen differenzierten Einblick in unterschiedliche Phasen der ‚Preußenhistorie‘ während des 20. Jahrhunderts. Zwar sind einige wenige Autoren beim Rückblick auf ihre akademischen Lehrer nicht immer frei von loyaler Apologetik, doch dies mindert nicht den Wert der insgesamt überzeugenden Standortbestimmung.

Eckhard Trox, Lüdenscheid

Zitierempfehlung:

Eckhard Trox: Rezension von: Hans-Christof Kraus (Hrsg.), Das Thema „Preußen“ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik vor und nach 1945 (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge. Beihefte, Bd. 12), Berlin 2013, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 56, 2016, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81748>> [22.6.2016].